

INTEGRATIONSPREIS DER BERTELSMANN-STIFTUNG 2005

„Wir sind eine Stadt“

Solingen: Wo Menschen aus 130 Ländern leben, ist Integration kein Zufall

BertelsmannStiftung

Viele Menschen verbinden mit Solingen vor allem eins: den Brandanschlag auf das türkische Wohnhaus vor fast zwölf Jahren, bei dem fünf Türiinnen starben. Tatmotiv: Ausländerhass. Seitdem hat sich einiges getan in der Stadt im Bergischen Land, in der Menschen aus 130 Ländern leben – gemeinsam.

Die Gewalttat führte zu einer Zäsur in Solingens Ausländerpolitik. Nach zweijährigem Prozess partizipativer Arbeit zwischen den betroffenen Gruppen beschloss der Rat der Stadt ein „Interkulturelles Gesamtkonzept“ an dem ständig weiter gearbeitet wird.

Eine der wichtigsten und aktivsten Mitstreiterinnen ist dabei Ionna Zacharaki, in Griechenland geborene Migrationsprecherin in Solingen. Weiteres unter: www.erfolgreiche-integration.de

Weitere Infos von:

Anne Wehkamp,
Ausländerbeauftragte der Stadt Solingen
Telefon: 0212-290-2225
E-Mail: a.wehkamp@solingen.de

Petra Schmit-Kröger,
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0212-222510
E-Mail: spd.ratsfraktion.sg@telebel.de

Leverkusen übernimmt Führung bei der Grundsicherung

Die Stadt Leverkusen war die erste nordrhein-westfälische Kommune, die Mitte September 2004 gemeinsam mit der Agentur für Arbeit eine **Arbeitsgemeinschaft Leverkusen (AGL)** gegründet hat, um hilfebedürftigen Arbeitssuchenden Integrationsdienstleistungen aus einer Hand anzubieten. Jetzt ist Leverkusen unter Führung von Oberbürgermeister Ernst Kuchler (SPD, Foto) erneut Vorreiter. Als erste von 44 Kommunen in NRW hat die Stadt in der Arbeitsgemeinschaft mit der Arbeitsagentur die Führung übernommen. In der Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft ist sie jetzt mit einer Stimme mehr als die Agentur vertreten.

„Mit dieser Weiterentwicklung werden wir die bisher gute Zusammenarbeit intensivieren und ausbauen“, so der Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit, Martin Klebe, und der Geschäftsführer der AGL, Reinhard Buchhorn. Die Partner in der Arbeitsgemeinschaft legen Wert auf die Feststellung, dass dieser Schritt nicht als Folge von Störungen in der bisherigen Kooperation gewertet wird. Im Gegenteil, gerade in Leverkusen hat die Zusammenarbeit beider Partner gut funktioniert. Dennoch sind sich die Beteiligten einig, dass im Interes-



Oberbürgermeister Ernst Kuchler (SPD)

se einer klaren strategischen und operativen Ausrichtung einer der Partner das Sagen haben muss. Die Leverkusener Arbeitsagentur wird sich unverändert engagieren. Die Stadt akzeptiert die künftigen Zielvereinbarungen zwischen dem Bund und der Bundesagentur für Arbeit und das daran anknüpfende Controlling. Sie sichert ferner Qualitätsstandards bei

der Aufgabenerledigung zu. Nach der Aufbauphase der Arbeitsgemeinschaften im ersten Halbjahr 2005 soll nun die lokale Handlungs- und Leitungskompetenz verstärkt werden. Die kommunalen Spitzenverbände, die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit haben in einer Rahmenvereinbarung festgelegt, dass die Kompetenzen der lokalen Geschäftsführung deutlich ausgeweitet werden und das entscheidende Stimmrecht in der Träger- bzw. Gesellschafterversammlung an die Kommune geht. Wie die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit in Düsseldorf mitteilte, haben die nordrhein-westfälischen Agenturen für Arbeit allen kommunalen Partnern angeboten, die Führung in den Arbeitsgemeinschaften zu übernehmen.

Vorstand der SGK NRW stellt sich hinter Arbeitsmarktreform

Der Vorstand der SGK NRW hat sich in seiner letzten Sitzung Ende Oktober in Recklinghausen erneut hinter die Zielsetzungen der Reformen am Arbeitsmarkt gestellt und einer von Teilen der CDU und der FDP geforderten Kommunalisierung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen eine klare Absage erteilt.

derung in den Verwaltungshaushalten noch in diesem Jahr frei zu geben.

Auch wenn Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers in Ermangelung von CDU-Ministerkandidaten aus NRW die Sozialdemokraten für seine Forderung, die Grundsicherung für Arbeitssuchende zu kommunalisieren,

In einem einstimmig beschlossenen Positionspapier hat der Landesvorstand der SGK unter Vorsitz des Dortmunder Oberbürgermeisters Dr. Gerhard Langemeyer festgehalten, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein notwendiger und richtiger Schritt zu einer neuen Arbeitsmarktpolitik gewesen sei. Die weitere Akzeptanz der Arbeitsmarktreformen in den Kommunen werde allerdings auch an die klare Erwartung geknüpft, dass die zugesicherten finanziellen Entlastungen tatsächlich bei den Kommunen ankomme. In diesem Zusammenhang bewertete der Vorstand die Position des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung von ALG-II-Bezieherern auf Null zu setzen, als „nicht akzeptabel“. Bestätigt wird der Vorstand durch eine von den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführten Erhebung, wonach der Bund seine Beteiligung von derzeit 29,1 % (3,2 Mrd. Euro) auf 34,4 % (4,07 Mrd. Euro) erhöhen müsste, damit eine Entlastung der Kommunen realisiert werden kann. Der Vorstand erwartet nun eine einvernehmliche Klärung im Rahmen der angelaufenen Revisionsverhandlungen.

An das Land NRW gerichtet appellierten die kommunalen Spitzen in der SPD erneut, sämtliche Einsparungen des Landes aus den Reformen an die Kommunen weiter zu leiten und für laufende Kosten verwenden zu können. Letzteres scheint nach der Einbringung des 2. Nachtragshaushalts für das Jahr 2005 auch zu gelingen: die Landesregierung beabsichtigt, die bisher festgestellten Einsparungen des Landes aus der Reform des Wohngeldes in Höhe von 230 Mio. Euro an die Kommunen zur Verwen-

SGK-Vorstand zu Gast bei Landrat Jochen Welt in Recklinghausen

(von links) Bernhard Daldrup, Bernd Scheelen MdB, Gudrun Hock, Jochen Welt, Dr. Gerhard Langemeyer, Dr. Wolfgang Honsdorf, Marion Weike, Frank Baranowski



ren, in Anspruch nehmen wollte, stieß sein Vorschlag auf Ablehnung. Der Bund müsse auch zukünftig zu seiner Verantwortung bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit stehen. Eine Ausweitung des Optionsmodells könne frühestens nach erfolgreichem Ablauf der sechsjährigen Erprobungsphase diskutiert werden. Statt dessen rät der Landesvorstand der SGK dazu, die zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium, der Bundesagentur für Arbeit und den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Rahmenvereinbarung zur Erweiterung der Kompetenzen der Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften konsequent umzusetzen. Zudem sollen auf Bundesebene Regelungen getroffen werden, um den bestehenden Leistungsmissbrauch wirksamer bekämpfen zu können und der „Zerteilung“ von Bedarfsgemeinschaften entgegen zu wirken.

Der Beschluss des Landesvorstandes im Wortlaut sowie die Rahmenvereinbarung kann im Internet unter www.sgk-nrw.de abgerufen werden.

Robert Jungk-Preis zum „Demografischen Wandel“



Preisträger/innen bei der feierlichen Verleihung in Düsseldorf.

Vor über 400 Gästen und begleitet von zahlreichen Fernsehkameras wurden die Robert Jungk Preise 2005 in Düsseldorf verliehen

Der nunmehr seit 1999 zum vierten Mal ausgelobte Preis stand in diesem Jahr unter dem Leitthema „**Den demografischen Wandel gestalten – Chancen für Gesellschaft und Ökonomie**“. Er wendet sich an soziale und kulturelle Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie an Initiativen in deren Umfeld.

Den mit 20.000 Euro ausgestatteten 1. Preis erhielt das Projekt **AGE (Agentur für gesellschaftliche Engagement)** aus Hamm. Es ist ein Projekt, das in außergewöhnlicher Weise Unternehmensengagement, ehrenamtliche Tätigkeit und Seniorenarbeit zum Nutzen aller miteinander verbindet. Mit dem 2. Preis wurde das Projekt **„Senior-Paten im Bildungsbereich für migrantische Kinder“** ausgezeichnet. In dem Projekt geben kompetente Senior-Fachleute aus der Werkstatt des Bürgerzentrums „Haus unter den Linden“ in Herford, ihr Wissen und Können weiter. Der 3. Preis wurde an das Projekt **„DORV“ (Dienstleistung Ortsnahe Rundum Versorgung)** in Jülich-Barmen vergeben. Auf unkonventionelle Weise haben die Bürger in Eigenleistung einen lebendigen Dorfmittelpunkt mit kombinierten Lebensmittelläden, Dienstleistungen und sozialen Diensten unter einem Dach geschaffen.

Den **Sonderpreis** zum Thema „Kunst und Engagement“, wurde an den „Verein für Kunst und Kommunikation“ in Kierspe/Meinerzhagen vergeben. Der Sonderpreis wird von den ehemaligen Preisträgern "theater total", Bochum, dem "Circus Schnick-Schnack", Herne und der "Orchesterakademie der Bergischen Symphoniker" vergeben und ist mit 3000 Euro dotiert.

Weitere Informationen zum Robert Jungk Preis 2005 und zum Städte-Netzwerk NRW:

Andreas Roters, Tel.: 02303-969311 / 0171-7513221
www.netzwerk.nrw.de, roters@netzwerk.nrw.de

IMPRESSUM

Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e. V. (SGK NRW)
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-876747-0, Fax: 0211-876747-27
Mail: info@diekommunale.de,
Internet: www.diekommunale.de

Verantwortlich (auch für Anzeigen):

Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:

SGK NRW, Postfach 20 07 04, 40104 Düsseldorf
Fotos: Zahlreiche Helfer und www.pixelquelle.de

Druck:

Griebsch & Rochol Druck GmbH
Gabelsbergerstr. 1,
Gewerbepark Hamm-Rhynern, 59069 Hamm

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.